

Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Wellendingen am 24. Januar 2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Die Gemeinde Wellendingen erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2 Gebührenfreiheit

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:

- a) Gnadensachen,
- b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
- c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
- d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
- e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
- f) die behördliche Informationsgewinnung,
- g) Verfahren, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

(2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit

- a) das Land Baden-Württemberg,
- b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
- c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

(3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3 Gebührenschildner

(1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,

- a) dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
- b) der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
- c) der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 2,50 € bis 10.000,-- € zu erheben.

(2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung.

(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

(4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 2,50 € erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.

(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 2,50 €.

§ 5 Entstehung der Gebühr

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

- (1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
 - a) Gebühren für Telekommunikation,
 - b) Reisekosten,
 - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
 - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,
 - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- 3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 8 **Schlussvorschriften**

(1) Diese Satzung tritt am 01. Februar 2008 in Kraft.

(2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührensatzung vom 09. Dezember 1994 sowie alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Wellendingen, den 25. Januar 2008

Karl Fröhlich
(Bürgermeister)

Verfahrensvermerke:

Der Gemeinderat hat dieser Änderungssatzung am 24. Januar 2008 zugestimmt. Sie wurde nach der örtlichen Bekanntmachung am 31. Januar 2008 durch das Amtsblatt öffentlich bekanntgemacht (§ 4 Abs. 3 Satz 1 GemO). Sie ist damit am 01. Februar 2008 in Kraft getreten (§ 4 Abs. 3 Satz 2 GemO). Sie wurde dem Landratsamt mit Bericht vom 31. Januar 2008 angezeigt (§ 4 Abs. 3 Satz 3 GemO)

Wellendingen, den 31. Januar 2008

Karl Fröhlich
(Bürgermeister)

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder von aufgrund der Gemeindeordnung erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen einer Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, berichtigt S. 698) unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der Verletzungen begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Gemeinde Wellendingen geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist ohne tätig zu werden verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung gerügt hat.

Gebührenverzeichnis -Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung-

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr €
1.	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	2,50 bis 2.500,00 €
2.	Anträge	
2.1	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	2,50 bis 100,00 €
2.2	Ablehnung eines Antrages etc. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung)	1/10 bis volle Gebühr, mind. 2,50 €
	Bei Unzuständigkeit gebührenfrei.	
2.3	Zurücknahme eines Antrages (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mindestens 2,50 €
3.	Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche	2,50 bis 80,00 €
	Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	
4.	Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	5,00 bis 500,00 €
5.	Beglaubigung, Bestätigungen	
5.1	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobene Gebühr zum Ansatz	2,50 bis 50,00 €
5.2	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien etc. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	2,50 bis 9,00 €, je weitere Seite 0,50 €

- 5.3 Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Widerschriften, Ausfertigungen, Fotokopien etc. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite 2,50 bis 9,00 €, je weitere Seite 0,50 €
- 5.4 Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie etc. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 10) hinzu.
- 6. Bescheinigungen**
- 6.1 Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist) 5,00 bis 50,00 €
- Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen).
- 7. Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen**
Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist 5,00 bis 500,00 €
- 8. Gutachten** (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstands 1% bis 5%, mindestens jedoch je angefangene halbe Stunde der Inanspruchnahme 15,00 €
- 9. Rechtsbehelfe** (Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde etc.)
- 9.1 wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 2 der Satzung) 10,00 bis 500,00 €
- 9.2 bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 2 der Satzung) 1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 9.1, mindestens 2,50 €

10. Schreibgebühren

- 10.1 Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern etc. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)
- 10.1.1 für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind 8,00 €
- 10.1.2 für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind 11,00 €
- 10.1.3 Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde 8,00 €
- 10.2 Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben
- 10.2.1 bei einem Format bis zu DIN A4
für die erste Seite 0,50 €
für jede weitere Seite 0,50 €
- 10.2.2 bei einem größeren Format
für die erste Seite 1,00 €
für jede weitere Seite 1,00 €
- Vervielfältigungen auf mechanischem Wege je nach Umfang, Schwierigkeit und Aufwand, je Seite 0,50 bis 1,50 €

11. Baugesetzbuch

- Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 BauGB (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts) 10,00 €

12. Bauordnungsrecht

- 12.1 Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO)
- Wohngebäude 150,00 €
- Garagen, Nebengebäude, Abbruch 100,00 €

12.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO Wohngebäude	25,00 €
	Garagen, Nebengebäude, Abbruch	15,00 €
12.3	Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnisgabeverfahren (§ 55 LBO) je zu benachrichtigendem Angrenzer	5,00 € mindestens 10,00 €
13.	Bestattungsrecht	
13.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	10,00 €
13.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	10,00 €
13.3	Schriftliche Urnenanforderung	10,00 €
14.	Feiertagsrecht	
14.1	Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	40,00 €
14.2	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, und 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	
14.2.1	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 03:00 Uhr bis 24:00 Uhr verboten sind	20,00 €
14.2.2	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	20,00 €
15.	Fischereischeine	
15.1	Erteilung von Fischereischeinen einschl. Ersatzfischereischeinen (§ 31 FischG)	
15.1.1	Jahresfischereischein	10,00 €
15.1.2	Fischereischein auf Lebenszeit	10,00 €
15.1.3	Jugendfischereischein	10,00 €
15.2	Einziehung der Fischereiabgabe (die erstmalige Einziehung ist gebührenfrei)	2,50 €
16.	Fundsachen	
	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
16.1	bei Sachen mit einem Wert über 50,-- € bis 500,-- €	8,00 €
16.2	bei Sachen über 500,-- € Wert	15,00 €

17. Gewerbesachen

17.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	10,00 €
17.2	Erteilung von Auskünften aus der Gewerbekartei	8,00 €
17.3.	Spiele	
17.3.1.	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	80,00 €
17.3.2.	Bestätigung gem. § 33 Abs. 3 GewO	25,00 €
17.3.3.	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d Abs.1 GewO)	100,00 €
17.4.	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)	150,00 €
17.5	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34 b Abs. 1 u. 2 GewO)	150,00 €
17.6	Erlaubnis zu Veranstaltungen nach § 33 a GewO	150,00 €
17.7	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 GewO)	150,00 €
17.8	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)	150,00 €
17.9	Erlaubnis für das gelegentliche Feilbieten von Waren (§ 55 a Abs. 1 GewO)	100,00 €
17.10	Erteilung einer Spielerlaubnis gem. § 60 a Abs. 2 GewO	100,00 €
17.11	Festlegung von Wochenmärkten (§ 69 Abs. 1 GewO)	150,00 €
18.	Geschäftsstelle des Gutachterausschusses	
18.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	20,00 €
18.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	20,00 €
19.	Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren, je Person	25,00 €
20.	Immissionsschutzrecht - Erteilung von Ausnahmen nach § 7 Abs. 2 der 32. BImSchVO	150,00 €
21.	Ladenschluss - Ausnahmeerteilung vom Verbot des gewerblichen Feilhaltens von Waren außerhalb von Verkaufsstellen (§ 20 Abs. 2 a LadSchlG)	150,00 €

22. Melderecht

22.1 Auskünfte aus dem Melderegister

22.1.1 einfache Auskunft (§ 32 Abs. 1 Meldegesetz – MG) 6,00 €

22.1.1.1 elektronische einfache Auskunft über das
Meldeportal (§ 32 a Abs. 1, und 3 i.V.m. § 32 Abs. 1 MG) 5,00 €

22.1.2 erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG) 8,00 €

22.1.3 Gruppenauskunft (§§ 32 Abs. 3,
34 Abs. 1, 2 und 3 MG) 8,00 € je ¼ Std.
Amtshandlung der
Abteilung Bürger-
büro

22.2 Datenübermittlungen

22.2.1 Datenübermittlung an Behörden und
sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG)
und an öffentlich-rechtliche
Religionsgesellschaften (§ 30 MG) 8,00 € je ¼ Std.
Amtshandlung der
Abteilung Bürger-
büro

22.2.2 Regelmäßige Datenübermittlung an den Südwestrundfunk
bzw. an die Gebühreneinzugszentrale (§ 35 MG) 0,15 € jeweils für
jede Person, auf die
sich die Datenüber-
mittlung erstreckt

22.3 Ausstellung einer Wählbarkeits-
bescheinigung (§10 Abs. 4 KomWG) 10,00 €

22.4 Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde,
Zusätzliche Meldebestätigungen und
sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde,
je Bescheinigung 6,00 €
Werden mehrere gleichlautende
Bescheinigungen gleichzeitig beantragt,
so ermäßigt sich die Gebühr für jede
weitere Bescheinigung auf die Hälfte.

22.5 Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde
(je ¼ Std. Amtshandlung) 8,00 €

22.6 Gebührenfrei sind

22.6.1 die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige
sowie die Meldebestätigung

22.6.2 die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG)

22.6.3 die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und
Löschung von Daten des Melderegisters
(§§ 12, 13 MG)

22.6.4 die Unterrichtung des Betroffenen über die zu
seiner Person erteilten erweiterten Melderegister-
auskünfte (§ 32 Abs. 2 Satz 4 MG)

22.6.5 die Einrichtung von Übermittlungssperren
(§ 30 Abs. 2 Satz 3, § 33, § 34 Abs. 4 Sätze 1 bis 3 MG)

23 Sammlungswesen
Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz 36,00 €

24 Straßenrechtliche Sondernutzung
Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer
Straße über den Gemeingebrauch hinaus 24,00 €